



BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
RAIMUND KAMM

Raimund Kamm · Luitpoldstraße 26 · 86157 Augsburg

## Presse- mitteilung

--3-- Seiten Fax

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon (089) 41 26-23 59  
Telefax (089) 41 26-11 35

Luitpoldstraße 26  
86157 Augsburg  
Telefon (08 21) 54 15 73

München, den 25. Juli 1996  
<AKWGUND2.DOC>

### **Was passiert, wenn in Gundremmingen doch was passiert? Antwort der Staatsregierung zeigt, kaum Vorsorge für Evakuierung und Schadensersatz**

Eine jetzt als Drucksache im Landtag veröffentlichte Schriftliche Anfrage des GRÜNEN-Abgeordneten Raimund Kamm zeigt, daß für den Fall des Falles nur wenig Vorsorge getroffen wurde.

Im äußersten Fall ist nur eine Evakuierung aus dem Nahbereich von ca. 10 km Umkreis geplant. Alles weitere ist vage.

Auch der Eigentumsschutz von Hausbesitzern ist unzureichend. Zwar haftet der Betreiber eines AKWs unbegrenzt, aber in Gundremmingen ist der Betreiber nicht die große RWE oder das Bayernwerk sondern eine kleine GmbH (Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit relativ unbedeutendem haftenden Eigenkapital). Im 'map-report', einem Fachblatt für Versicherungsmakler, wurde einmal die Rechnung aufgestellt, was im Großraum Hamburg ein zwar unwahrscheinlicher aber extrem folgenreicher GAU vernichten würde: Immobilien im Wert von 273,3 Milliarden DM. Die Versicherung dieser Immobilien gegen einen GAU würde jährlich 875 (!) Millionen Prämie kosten.

*Raimund Kamm:*

*Wer erlebt hat, daß komplexe technische Systeme (Titanic, AKW Harrisburg, Raumfähre Challenger, AKW Tschernobyl, Ariane 5) wider alle Voraussagen in große Katastrophen geraten können, muß auch für diesen Katastrophenfall Vorsorge treffen und Eventualmaßnahmen planen!*

*Bei Deutschlands größtem Atomkraftwerk, dem nordschwäbischen AKW Gundremmingen, ist wie die Antwort der Staatsregierung zeigt, diese Vorsorge nur mangelhaft.*

Raimund Kamm



## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Kamm BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**  
vom 18.04.96

### Was passiert, wenn in Gundremmingen ...?

Vermutlich ist unter normalen Umständen die Wahrscheinlichkeit sehr gering, daß es in Deutschlands größtem Atomkraftwerk, dem nordschwäbischen AKW Gundremmingen, zu einem Kernschmelzunfall mit Freisetzung von Radioaktivität kommt. Aber so wie Vorsorge für das Risiko des Sinkens eigentlich unsinkbarer Schiffe oder für das Abstürzen eigentlich sicherer Raumfähren getroffen werden mußte, muß auch Vorsorge für den eigentlich unwahrscheinlichen Großunfall mit Kernschmelze und entsprechender Strahlenemission des AKW Gundremmingen getroffen werden.

#### 1. Evakuierung

- Wie ist insgesamt die Evakuierung der betroffenen Bevölkerung geplant?
- Die Bevölkerung welcher Orte soll wohin evakuiert werden?
- Was soll bei entsprechender Windrichtung bei einem Großunfall mit der Bevölkerung von Orten wie z.B. Augsburg oder Stuttgart oder Nürnberg oder München geschehen, für die keine Evakuierungspläne ausgearbeitet sind?

#### 2. Materieller Schaden

- Mit welchem materiellen Schaden pro Einwohner müßte rechnerisch bei Aufgabe von Orten wegen Jahrtausende dauernder Strahlenverseuchung kalkuliert werden?
- Sind der Staatsregierung die Kalkulationen des „map-report“, eines Fachblatts für Versicherungsmakler, bekannt, die den Preis für die Versicherung gegen die Folgen eines GAUs allein der Immobilien in der Stadt Hamburg auf jährlich 875 Millionen Mark schätzt?
- Bis zu welcher Deckungssumme sind heute die Betreiber des AKW Gundremmingen für die materiellen Außenfolgen eines Großunfalls mit Freisetzung von Radioaktivität versichert und wieviel Versicherungsprämie zahlen hierfür die Betreiber im Jahr?

- Wer würde bei heutiger Rechtslage z.B. dem Immobilienbesitzer in Augsburg den Totalverlust seines Eigentums infolge Verstrahlung durch einen Kernschmelzunfall mit Freisetzung von Radioaktivität des AKW Gundremmingen ersetzen?
- Sieht die Staatsregierung Handlungsbedarf, um den Schutz von Eigentum gegen die Folgen einer möglichen Reaktorkatastrophe – z.B. durch die Verpflichtung, ausreichende Haftpflichtversicherungen abzuschließen – zu gewährleisten?

- Welche Vorsorge ist beim AKW Gundremmingen getroffen für den Fall staatlicher oder gar zivilisatorische Großkrisen (z.B. Bedienungsmannschaft verläßt wegen innerer Unruhen oder zunehmender Gefahr, z.B. infolge Unterlassung nötiger Reparaturen, das Atomkraftwerk)?
- Sind revolutionäre Staatskrisen, Kriege oder der Ausbruch katastrophaler Seuchen bei der Auslegung der Sicherheitsvorkehrungen des AKW Gundremmingen bedacht worden? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, mit welchen Vorsorgevorkehrungen?

## Antwort

### des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen

- Nach dem Atomgesetz ist ein Kernkraftwerk so zu errichten und zu betreiben, daß die Sicherheit durch die Vorkehrungen in der Anlage selbst gewährleistet ist und von der Anlage ausgehende Risiken auch ohne Notfallschutzmaßnahmen extrem klein sind, um Schäden an Leben und Gesundheit des Menschen nach dem Maßstab praktischer Vernunft ausschließen zu können. Den Forderungen an die sicherheitstechnische Auslegung unserer Anlagen liegt die vorhandene Kenntnis des Gefährdungspotentials zugrunde.

Die Maßnahmen des staatlichen Katastrophenschutzes sind kein Bestandteil des Sicherheitskonzeptes einer kerntechnischen Anlage, sondern dienen der Verringerung des bei technischen Anlagen prinzipiell unvermeidbaren Restrisikos.

- Die Fragen im einzelnen beantworte ich wie folgt:

Zu 1.:

Der behördliche Katastrophenschutz mit verschiedenen abgestuften Maßnahmen ist auf der Grundlage der bundeseinheitlichen „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“ (GMBI Nr. 5, 1989, S. 69 ff) und der hierzu vom Staatsministerium des Innern erlassenen „Leitsätze für die Erstellung objektbezogener Alarm- und Einsatzpläne sowie für Maßnahmen des Katastrophenschutzes bei kerntechnischen Unfällen“ (Bek. vom 16.10.90, AII-MBI Nr. 22 vom 31.10.90, S. 780 ff) organisiert.

Neben anderen Schutzmaßnahmen ist als äußerste Maßnahme auch die Evakuierung von Personen, vor allem im Nahbereich eines Kernkraftwerks, vorgesehen und daher im Katastrophenschutzplan für einen Umkreis von ca. 10 km planmäßig vorbereitet. Die Vorplanung der Evakuierungsrouten und Aufnahmegebiete berücksichtigt,



daß die Konzentration luftgetragener radioaktiver Stoffe am ehesten quer zur und gegen die Ausbreitungsrichtung, aber auch in Ausbreitungsrichtung mit zunehmender Entfernung abnimmt. Da das Kurzzeit-Gefährdungspotential bei den entfernt gelegenen Städten Augsburg, Nürnberg und Stuttgart um Größenordnungen geringer anzusetzen ist als im Nahbereich, ist es extrem unwahrscheinlich, daß dort noch akute strahleninduzierte Erkrankungen auftreten, zu deren Vermeidung eine Evakuierung veranlaßt wäre.

Zu 2. a):

Die Staatsregierung sieht es durch Auslegung der Kernkraftwerke für ausreichend gewährleistet an, daß Unfälle von der Art, wie sie der Fragestellung zugrunde liegen, nicht auftreten können.

Zu 2. b):

Nein.

Zu Nr. 2.c) und 3. a):

Gemäß §§ 25 ff Atomgesetz (AtG) i.V. mit Art. 3 ff Pariser Atomhaftungs-Übereinkommen (PÜ) haftet der Inhaber einer Kernanlage für Schäden, die auf einem von dieser Anlage ausgehenden nuklearen Ereignis beruhen, summenmäßig unbegrenzt (§ 31 AtG). Es handelt sich hierbei um eine verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung für alle Schäden an Leben und Gesundheit bei Menschen und für Schäden oder Verlust an Sachgütern.

Zur Absicherung von Ansprüchen, die sich aus den gesetzlichen Schadensersatzverpflichtungen des Anlageninhabers ergeben können, werden im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Art, Umfang und Höhe der Vorsorge (Deckungsvorsorge) festgesetzt. Die vom Anlagenbetreiber abzuschließende Haftpflichtversicherung deckt die Schadensersatzansprüche bis zu einer Höhe von 500 Mio. DM ab. Dieser Betrag erhöht sich durch eine Freistellungsverpflichtung des Bundes und des Landes, in dem sich die Kernanlage befindet, auf insgesamt 1 Mrd. DM (§ 34 Abs. 1 Satz 2 AtG). Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Anlagenbetreiber darüber hinaus nicht haftet (s.o.).

Wie hoch die Versicherungsprämien für den Betreiber des Kernkraftwerks Gundremmingen sind, ist der Aufsichtsbehörde nicht bekannt und muß ihr, da nicht sicherheitsrelevant, auch nicht bekannt sein.

Zu 3. b):

Eine Anpassung der Höchstgrenze für die Deckungsvorsorgeverpflichtung an die allgemeine Kostenentwicklung ist in dem (bislang wegen des Scheiterns der Konsensgespräche nicht realisierten) Entwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Atomgesetzes enthalten. Im übrigen wird auf die geringe Wahrscheinlichkeit eines entsprechenden Schadenseintritts, wie sie auch in der einleitenden Feststellung des Fragestellers zum Ausdruck kommt, verwiesen.

Zu 4.:

Die nach dem Atomgesetz für Kernkraftwerke erforderliche Genehmigung verlangt auch einen Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter. Die Auslegung und der Betrieb eines Kernkraftwerks sehen in diesem Rahmen auch Maßnahmen gegen Terroranschläge und andere Gefahren am Ende einer durch „staatliche oder zivilisatorische Großkrisen“ ausgelösten Ursachenkette vor. Auch stellen die zu treffenden Schutzmaßnahmen gegen äußere Einwirkungen, wie Flugzeugabsturz, Druckwellen und Erdbeben, einen erheblichen Schutz, insbesondere gegen entsprechende Angriffe dar. Aufgrund der im einzelnen hier nicht darzulegenden organisatorischen und technischen Maßnahmen sind Kernkraftwerke wenig aussichtsreiche Objekte für Terroranschläge. Im übrigen verbleibt immer die Möglichkeit der aufsichtlichen Anordnung notwendiger Vorsorgemaßnahmen bis hin zur Abschaltung der Anlage, soweit diese in einem akuten Fall nicht ohnehin bereits durch den Betreiber erfolgt ist. Ferner erfolgt eine Abschaltung der Anlage und deren Rückführung in einen sicheren Zustand vollautomatisch bei entsprechenden Abweichungen vom sicheren Betriebszustand.

Zur Frage nach der Sicherung von Kernkraftwerken gegen kriegerische Einwirkungen wird auf die hierzu erteilten Antworten der Bundesregierung (BT-DS10/5302 vom 09.04.86) hingewiesen.